

Indonesiens Erneuerung?

Chancen und Herausforderungen der Jokowi-Präsidentschaft

Felix Heiduk

Zum dritten Mal seit dem Ende der Suharto-Diktatur hat das größte muslimische Land der Erde per Direktwahl seinen Präsidenten bestimmt. Den Wahlsieg Joko Widodos (genannt »Jokowi«) werten viele als Auftakt zur Auflösung des Reformstaus, der das Land vor allem in der zweiten Amtszeit Susilo Bambang Yudhoyonos gelähmt hatte. Dabei steht die neue Regierung vor enormen Herausforderungen: Reform des Staatshaushalts, Bürokratieabbau, Modernisierung der völlig veralteten Infrastruktur, Reform des Gesundheits- und des Bildungswesens – um nur einige der wichtigeren zu nennen. Ob ein derart umfassendes Reformprogramm jedoch ohne Mehrheit im Parlament gelingen kann, ist fraglich; derzeit hat die Regierung diese Mehrheit nicht. Abgesehen davon dürfte der in der Außenpolitik gänzlich unerfahrene neue Präsident auf internationalem Parkett weniger Akzente setzen als sein Vorgänger.

Lange Zeit lag Jokowi in den Umfragen mit bis zu 27 Prozentpunkten vorne und galt als sicherer Gewinner der Wahl am 9. Juli. Sein überaus knapper Wahlsieg (53,15% der Stimmen; 46,85% entfielen auf Prabowo) verwunderte daher viele Beobachter.

Wahlkampf und Wahlergebnis

Der Verlierer der Wahl, Ex-General Prabowo, erkannte das Ergebnis denn auch nicht an und klagte vor dem Verfassungsgericht. Beweise für Manipulationen blieb er bislang aber schuldig. Eine Revision des Wahlergebnisses ist daher unwahrscheinlich. Der knappe Ausgang lässt sich vor allem aus dem Verlauf des Wahlkampfes erklären. Zum einen erfolgte Jokowi's Nominierung

zum Präsidentschaftskandidaten der Demokratischen Partei des Kampfes (PDI-P) erst im März 2014, so dass die Kampagne nicht mehr rechtzeitig genug auf seine populäre Person zugeschnitten werden konnte. Einen ersten Dämpfer erhielt die PDI-P dann auch bei den Parlamentswahlen im April 2014. Zwar wurde die PDI-P mit knapp 19% der Stimmen stärkste Fraktion, verfehlte aber die angestrebten 25%, die sie ermächtigt hätte, allein einen Präsidentschaftskandidaten zu nominieren. Daher musste sie eine Koalition eingehen. Die von Jokowi gebildete Vier-Parteien-Koalition umfasst neben der PDI-P die National-Demokratische Partei (NasDem), die gemäßigt islamische PKB und die von Ex-General Wiranto gegründete nationalistische Hanura-

Tabelle
Das Ergebnis der Parlamentswahlen in Indonesien
am 9.4.2014

Partei	Zahl der Parla- mentssitze	Stimmenanteil (in %)
PDI-P	109	18,95
PKB	49	9,04
NasDem	39	6,72
Hanura	16	5,26
Regierungskoalition gesamt	213	39,97
Gerindra	73	11,81
Golkar	91	14,75
PAN	47	7,59
PKS	40	6,79
PPP	35	6,53
PD	61	10,19
Opposition gesamt	347	57,66
Sonstige	0	2,37
Insgesamt	560	100,0

Quelle: International Foundation for Electoral Systems, *Election Guide Indonesia*, <www.electionguide.org/elections/id/2398/?PageSpeed=noscript> (eingesehen am 7.7.2014).

Partei. Die Opposition besteht aus der ultranationalistischen Gerindra-Partei Prabowos, die mit der ehemaligen Suharto-Partei Golkar, der PD des amtierenden Präsidenten Susilo Bambang Yudhoyono (genannt »SBY«) und drei weiteren Parteien koalitiert, die dem eher konservativen islamischen Spektrum zugehören: PAN, PPP und PKS.

Nach den Parlamentswahlen schrumpfte Jokowi Vorsprung binnen weniger Monate von über zwanzig auf unter drei Prozent. Neben einer von seinem Rivalen lancierten Schmutzkampagne, in der Jokowi abwechselnd vorgeworfen wurde, Christ, Kommunist oder chinesischer Abstammung zu sein, taten verpatzte Auftritte und ein über weite Strecken unprofessionell organisierter Wahlkampf ihr Übriges. Zudem blieb Jokowi in der Kampagne weitestgehend zahm: Äußerst selten kritisierte er die teils schrillen Forderungen seines Rivalen Prabowo direkt und sprach dessen Beteiligung an Menschenrechtsverletzungen während der Suharto-Ära oder dessen Verwicklung

in eine Reihe von Korruptionsaffären nur vereinzelt an. Der oftmals zögerliche bis zurückhaltende Stil Jokowi nährte nicht zuletzt Zweifel an seiner politischen Führungsstärke und seiner Erfahrung.

Generell wurde der Wahlkampf weniger von politischen Inhalten als von den polarisierenden Persönlichkeiten der beiden Konkurrenten bestimmt. Auf der einen Seite Ex-General Prabowo Subianto – Mitglied einer reichen Unternehmerfamilie mit engen Verbindungen zur Suharto-Diktatur –, der im Wahlkampf eine Rückkehr zum starken Staat und zur autokratischen Verfassung von 1945 forderte. Auf der anderen Seite Joko Widodo – mittelständischer Unternehmer aus ärmlichen Verhältnissen, ohne Verbindungen zu den etablierten Politikdynastien des Landes –, der sich als neuer Typus des volksnahen, nicht korrupten Politikers darstellte.

Wenngleich inhaltliche Kontroversen ausblieben, hat der Wahlausgang doch Symbolcharakter: Für viele Indonesier steht er für eine Öffnung der indonesischen Politik und deren Abkehr von Korruption, Kollusion und Nepotismus (KKN). Mehr noch: Der Sieg Jokowi bedeutet für viele eine Fortführung des indonesischen Reformprozesses (*reformasi*).

Jokowis Politikverständnis

Auch weil der Wahlkampf weitestgehend inhaltsarm war, ist bislang recht wenig bekannt über Jokowi politische Zielvorstellungen. Aus Interviews, Reden sowie seiner Arbeit als Bürgermeister Solos und Gouverneur Jakartas lassen sich jedoch einige grundlegende Tendenzen ableiten. Jokowi zeigt in seinem Politikverständnis eine gewisse Nähe zu links-nationalistischen Ideen des Staatsgründers Sukarno, darunter etwa die Kooperation aller sozialen Gruppen und der nationale Zusammenhalt, kollektivistisches Wirtschaften und Kritik am westlich-liberalen Individualismus. Auch betont er die territoriale Integrität des indonesischen Staates und das Primat nationaler Souveränität. Jokowi Sukarno-

ismus geht zum anderen einher mit einem Verständnis von nationaler Entwicklung als einem primär vom Volk (und nicht, wie bei seinem Rivalen Prabowo, vom Staat) getragenen Prozess, wobei er die Notwendigkeit der Interaktion zwischen Staat und Zivilgesellschaft akzentuiert und insofern weniger auf soziale Transformation als auf eine »mentale Revolution« (*revolusi mental*) setzt. Aus diesem Politikverständnis ergeben sich eine Reihe von politischen Zielen: Verringerung der wirtschaftlichen Abhängigkeit Indonesiens von ausländischen Investoren und vermehrte Ansiedlung sämtlicher Glieder der Wertschöpfungskette im Land; Betonung von Ernährungs- und Energiesicherheit; Stärkung des Militärs als Garant der territorialen Integrität und Sicherheit des Landes; intensivere Fokussierung auf indonesische Werte sowie religiöse Moralvorstellungen in der Bildungspolitik. Teil der von Jokowi geforderten mentalen Revolution (*revolusi mental*) ist zudem eine scharfe Kritik an der korrupten politischen Klasse des Landes. Staatsdiener sollten nicht korrupt sein, sie sollten über ihr Tun regelmäßig Rechenschaft ablegen und auf der Basis ihrer Fähigkeiten und Erfahrungen Ämter erlangen, nicht aufgrund ihrer Parteizugehörigkeit oder dank persönlicher Beziehungen. Diese Zielsetzungen sind beispielsweise in dem sogenannten Neun-Punkte-Plan Jokowi's nachzulesen.

Innenpolitische Folgen

Die beiden zentralen Wahlkampfslogans Jokowi's waren *Indonesia pintar* (»schlaues Indonesien«) und *Indonesia sehat* (»gesundes Indonesien«). Mit beiden Slogans sind populäre Themen und Politikfelder angesprochen, mit denen Jokowi bereits Erfahrungen gesammelt hat. *Indonesia pintar* steht für eine umfassende Erhöhung des Bildungsetats mit dem Ziel, allen Indonesiern eine kostenlose Schulbildung zu ermöglichen. Außerdem sollen Islamschulen mehr staatliche Fördergelder erhalten, die Ausbildung von Lehrern verbessert und deren Gehälter angehoben werden. *Indonesia sehat* zielt auf

eine Gesundheitsfürsorge für alle Indonesier ab. Konkret sollen Krankenhäuser und Gesundheitszentren ausgebaut und für die ärmeren Bevölkerungsteile geöffnet werden.

Für all diese Vorhaben sind Ausgaben in Milliardenhöhe notwendig. Finanziert werden sollen sie über eine Drosselung der hohen Subventionen für Benzin, die derzeit fast ein Viertel der Staatsausgaben ausmachen, sowie durch Maßnahmen zur Ankurbelung der indonesischen Wirtschaft. Diese weist für 2014 die geringsten Wachstumsraten seit fünf Jahren auf. Die Wirtschaft soll durch eine verstärkte Ansiedlung verarbeitender Industrien in Indonesien, Infrastrukturausbau und den Abbau bürokratischer Hürden wieder in Schwung gebracht werden.

Um die nötigen Reformen zu implementieren, muss sich Jokowi Mehrheiten im Parlament sichern. Die ungünstigen Mehrheitsverhältnisse im Parlament könnten sich dabei als ein Stolperstein seiner Reformpolitik erweisen. Jokowi's Regierungskoalition hat derzeit lediglich knapp 40% der Parlamentssitze inne, die von Prabowo angeführte Opposition 58%. Jokowi versucht im Augenblick vor allem die Abgeordneten der tief gespaltenen Golkar-Partei zum Übertritt in sein Lager zu bewegen. Der Kuhhandel um Minister- und Verwaltungsposten ist bereits in vollem Gange. Jokowi wird daher gezwungen sein, Zugeständnisse an die Opposition zu machen, um die Mehrheitsverhältnisse im Parlament zu seinen Gunsten zu verändern.

Ein weiterer wichtiger Faktor dürfte die Beziehung Jokowi's zum Führungszirkel der PDI-P sein. Seine Hausmacht in der Partei ist nicht sonderlich groß, da er sich während seiner Arbeit als Bürgermeister Solos und als Gouverneur Jakartas wenig in Parteigremien einbrachte und bis vor kurzem kaum Verbindungen zur Parteiführung hatte, die von der Sukarno-Familie um Megawati dominiert wird. Sein kompetenter Aufstieg trug ihm in der Partei zudem viele Neider ein. Insofern ist Jokowi's künftiges Walten nicht zuletzt davon abhängig,

ob es ihm gelingt, die PDI-P geschlossen hinter sich zu einen.

Außenpolitische Implikationen

Jokowi hat nur wenig Erfahrung in der internationalen Politik und gab im Wahlkampf fast nichts von seinen außenpolitischen Vorstellungen preis. Dementsprechend ist auch wenig bekannt über seine Sicht auf aktuelle Kernfragen indonesischer Außenpolitik, etwa die Lage im südchinesischen Meer, Indonesiens Beziehungen zu China, den USA und Australien oder Indonesiens Rolle in der ASEAN. Bekannt ist aber immerhin, dass Jokowi auf dem Verhandlungsweg herbeigeführte Lösungen internationaler Probleme präferiert. Eine generelle Abkehr von der Außenpolitik der »Tausend Freunde, keine Feinde«, die unter seinem Amtsvorgänger Yudhoyono lanciert wurde, dürfte unter Jokowi somit nicht zu erwarten sein. Die markanten nationalistischen Untertöne im Wahlkampf lassen jedoch mit Blick auf die Beziehungen Jakarta zu ausländischen Investoren Veränderungen erahnen. Das unter SBY sehr gute Investitionsklima dürfte sich im Zuge der protektionistischen Ansätze Jokowi vor allem bei der Rohstoffförderung sowie im Banken- und im verarbeitenden Sektor eintrüben. Auch in einigen Fragen der »global governance« bestimmter Politikfelder, zum Beispiel der Klimaschutzpolitik, ist damit zu rechnen, dass sich Indonesien unter Jokowi international weniger kooperativ zeigen wird als sein Vorgänger.

In der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist Indonesiens nächster Präsident ebenfalls ein unbeschriebenes Blatt. Obwohl Jokowi selbst keinen militärischen Background hat, sind mehrere seiner Berater militärische Hardliner. Da er zudem im Wahlkampf wiederholt das Primat der territorialen Integrität Indonesiens betont hat, kann man darauf schließen, dass sich Jakarta Sicherheitspolitik in Fragen, die Indonesiens territoriale Integrität (wie z.B. der Papua-Konflikt) berühren, konservativer gestalten wird als unter SBY. Jokowi strebt

an, das Militärbudget auf 1,5% des Brutto-sozialprodukts zu erhöhen, und kündigte an, mehrere Überwachungsdrohnen zu kaufen, die im Kampf gegen illegale Fischerei und die illegale Abholzung der tropischen Regenwälder zum Einsatz kommen sollen.

Eine echte Erneuerung?

Dass ein aus ärmlichen Verhältnissen stammender Möbelhändler zum Präsidenten Indonesiens gewählt wurde, dem ein den Eliten des Landes zugehöriger Ex-General unterlag, ist als Zeichen für eine Öffnung der indonesischen Politik zu interpretieren. Aus deutscher bzw. europäischer Sicht ist positiv zu werten, dass unter Jokowi, im Gegensatz zu Prabowos Forderung einer Rückkehr zur Verfassung von 1945, der demokratische Reformprozess fortgesetzt werden soll. Hoffnungen auf eine Erneuerung Indonesiens wird er allerdings nicht allein, als quasi über der Politik stehender »Mann des Volkes«, erfüllen können. Aufgrund der starken Opposition im Parlament wird Jokowi zu Konzessionen gezwungen sein, die viele seiner idealistischen Ziele verwässern werden. Wenn der Staat nicht deutlich mehr Finanzmittel einnehmen wird, lassen sich zentrale Vorhaben wie die Reform des Gesundheits- oder des Bildungsektors schwerlich finanzieren. Der Verfall der Preise für indonesische Exportgüter, der vor allem als Folge der Benzinsubventionen marode Staatshaushalt und die nach wie vor grassierende Korruption sind weitere strukturelle Herausforderungen. Bisher ist wenig Genaues bekannt, wie Jokowi versuchen will, diese Herausforderungen anzugehen.

In der Außenpolitik sollte man sich mit allzu hohen Erwartungen zurückhalten: Bisherige Aussagen Jokowi lassen darauf schließen, dass Indonesien für den Westen ein nicht immer einfacher Partner sein wird – unter anderem wegen der primär innenpolitisch ausgerichteten Politikziele des neuen Präsidenten und der Betonung nationaler Souveränität, nicht zuletzt im Umgang mit externen Akteuren.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2014
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364